



DR. FRANZ LÖSCHNAK  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-12212 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 0117/242-II/4/90

Wien, am 13. August 1990

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf PÖDER

5683/AB  
1990 -08- 16  
zu 5773/J

Parlament  
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat SRB und Freunde haben am 27.6.1990 unter Nr. 5773/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Übergriffe der Polizei und Gendarmerie" (Gendarmerieposten Kufstein) gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie lautet der Polizeibericht über nachstehend mit Datum, Opfer und Ortsangabe bezeichneten Vorfall?
2. Wurde gegen in diesen Vorfall verwickelte Beamte Strafanzeige erstattet?
3. Falls Strafverfahren gegen in den Vorfall verwickelte Beamte stattfanden, wie endeten diese Verfahren in erster, wie in zweiter Instanz?
4. Falls es rechtskräftige Verurteilungen von in diese Verfahren verwickelte Beamte gab, welche dienstrechtlichen Konsequenzen wurden gezogen?
5. Falls es zu Versetzungen von Beamten kam, in welche Kommissariate bzw. Gendarmerieposten erfolgten diese?

6. Wurden gegen den Beschwerdeführer in Zusammenhang mit der Strafanzeige gegen in den Vorfall verwickelte Beamte strafrechtliche Schritte eingeleitet?
7. Bejahendenfalls: Nach welchen Bestimmungen des Strafgesetzbuches wurden strafrechtliche Schritte gegen den Beschwerdeführer eingeleitet?

Ort: Gendarmerieposten Kufstein

Zeitpunkt: 16.3.1989

Vorfall: Der Kufsteiner Gendarm Reinmund F. gibt in der "Tiroler Tageszeitung" vom 12.11.1989 zu, dem festgenommenen Peter M. "eine Ohrfeige" gegeben zu haben."

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Wie schon im Vorjahr in vergleichbaren Anfragen behaupten Sie neuerlich, daß Beschwerdefälle, die sich auf Mißhandlungen durch Organe der Sicherheitsexekutive beziehen, von einem internen Bürgerservice geprüft werden; außerdem würden Mißhandlungen von den Sicherheitsbehörden gedeckt, von den Staatsanwaltschaften nicht verfolgt und von den Gerichten nicht geahndet.

Gerade der konkrete Fall läßt aber erkennen, daß sowohl die Dienstaufsicht als auch die Justiz ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommen.

Ich muß Sie daher zum wiederholten Male darauf hinweisen, daß die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Strafprozeßordnung die Sicherheitsbehörden dazu verpflichten, Anzeigen an den Staatsanwalt zu erstatten. Nur die Anklagebehörde befindet darüber, ob im Einzelfall ein Strafverfahren eingeleitet wird oder nicht. Der im Art. 90 Abs. 2 B-VG normierte Aklagegrundsatz hat dieses System verfassungsgesetzlich festgeschrieben. Strafrechtlich relevante Vorwürfe gegen Organe der Sicherheitsexekutive werden daher jetzt und auch in Zukunft von Staatsanwalt und Strafgericht überprüft werden.

Zur Frage einer externen Kontrolle strafrechtlich nicht relevanter Beschwerdevorbringen verweise ich darauf, daß die dem Nationalrat zugegangene, aber nicht mehr behandelte Regierungsvorlage eines Sicherheitspolizeigesetzes (1316 der Blg. zu den Sten.Prot. des NR XVII.GP.), eine solche Kontrolle vorsah: Bürger, die sich von einem Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes pflichtwidrig behandelt fühlen und mit der von der Dienstbehörde auf Grund einer Aufsichtsbeschwerde getroffenen Feststellung nicht zufrieden sind, sollten die ab 1. Jänner 1991 in ganz Österreich eingerichteten unabhängigen Verwaltungssenate anrufen können. An dieser Vorstellung einer externen Beschwerdekontrolle werde ich festhalten.

Zur Behauptung, die Strafverfolgungsbehörden seien bei strafrechtlich relevanten Vorwürfen gegen Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes weitgehend inaktiv, weise ich darauf hin, daß - von Ihnen offenbar unbemerkt - die Volksanwaltschaft in ihrem 12. Bericht die Feststellung getroffen hat, daß im Falle von Mißhandlungsvorwürfen die "objektiv erforderlichen sicherheitsbehördlichen Erhebungen durchgeführt werden". Darüber hinaus mache ich Sie - zum wiederholten Male - darauf aufmerksam, daß die Staatsanwaltschaften nach einer im Jahre 1988 vom Bundesminister für Justiz getroffenen und von mir gebilligten Entscheidung angewiesen wurden, in Fällen, in denen Anzeigen nicht offenbar haltlos sind, gerichtliche Vorerhebungen zu veranlassen. Es ist somit davon auszugehen, daß es in all diesen Fällen zum Tätigwerden eines unabhängigen Richters kommt, womit auch eine jener Forderungen erfüllt ist, die von Amnesty International erhoben worden sind.

Im einzelnen führe ich zur vorliegenden Anfrage aus:

#### Zu Frage 1.

Der in der Presse erwähnte Beamte brachte am 16.3.1989 ohne hinreichenden Festnahme- bzw. Verwahrungsgrund Herrn Peter M. nach einem Vorfall in dessen Elternhaus auf die Dienststelle, wo er

ihn mit Schlägen mißhandelte und ihn in der Folge auch einzuschüchtern versuchte.

Zu Frage 2.

Ja.

Zu Frage 3.

Der Beamte wurde in erster Instanz zu einer bedingten Freiheitsstrafe von sieben Monaten und schließlich nach Berufung und Nichtigkeitsbeschwerde, wobei vom OGH das Verfahren zur neuerlichen Verhandlung an das Erstgericht verwiesen wurde, zu einer Geldstrafe in der Höhe von S 30.000,-- verurteilt, wobei die Hälfte bedingt auf drei Jahre nachgesehen wurde.

Zu Frage 4.

Gegen den Beamten wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das derzeit aber noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist.

Zu Frage 5.

Der Beamte wurde zum Gendarmerieposten Niederndorf versetzt.

Zu den Fragen 6. und 7.

Gegen den Beschwerdeführer wurden keine strafrechtlichen Schritte eingeleitet.

Frank B.